

Anfrage an den Budgetdienst:
Abg. z. NR Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer (NEOS)
Sprecherin für Budget, Finanzen, Energie und Soziales
(19. Juni 2024)

Wien, 19. Juni 2024

Anfrage an den Budgetdienst: Kosten von Bildungsreformaßnahmen

Als Bildungspartei hat NEOS zahlreiche Forderungen zur Bildungspolitik, die das Ziel verfolgen, Österreichs Bildungswesen chancengerecht und leistungsstark zu machen. Manche davon sind langfristig aufkommensneutral - bspw. die volle Autonomie der Schulen - andere kosten viel Geld - etwa kleinere Gruppen und mehr Pädagog:innen in Kindergarten und Krippe. Mithilfe einer Anfrage an den Budgetdienst des Parlaments sollen die Kosten ausgewählter Bildungsreformaßnahmen quantifiziert werden.

Ist Österreichs Bildungssystem teuer?

Jein. Die Kosten pro Schüler:in liegen in Österreich über dem OECD-Schnitt, die Kosten in Prozent des BIP hingegen unter dem OECD-Schnitt. Das liegt daran, dass wir im OECD-Vergleich ein hohes BIP und eine überalterte Bevölkerung, d.h. wenige Schüler:innen haben. Gerade die Tatsache, dass wir wenig junge Menschen haben, sollte aber Grund dafür sein, viel in ihre Qualifikation zu investieren.

Teuer am österreichischen Bildungssystem ist vor allem die kleinteilige Struktur mit vielen Klein- und Kleinstschulen am Land, in denen es viele Klassen mit unter 20 und manchmal sogar unter 10 Schüler:innen gibt. Die "Schule im Ort" spielt für den ländlichen Raum eine bedeutende Rolle, die sich Österreich einiges kosten lässt. Das schulische Betreuungsverhältnis ist in Österreich besser als im internationalen Schnitt: Auf eine Lehrperson in der Volksschule kommen in Österreich 12 Kinder, im OECD-Schnitt 15 Kinder. In der Sekundarstufe kommen rechnerisch noch weniger Schüler:innen auf eine Lehrkraft: 9 in Österreich, 13 im OECD-Schnitt. Diese überdurchschnittlichen Personalressourcen werden aber nicht vorrangig dorthin gelenkt, wo sie am dringendsten benötigt werden - nämlich in Schulen mit großen sozialen Herausforderungen, die meist in Städten sind - sondern sind mit der Gießkanne über das ganze Land verteilt, wobei im ländlichen Raum im Schnitt deutlich weniger Schüler:innen auf eine Lehrkraft kommen, als in den Städten.

Der **Elementarpädagogik-Bereich** ist in Österreich hingegen ausgesprochen „billig“ (Österreich investiert 0,7% des BIP in Elementarpädagogik, während es bspw. in Norwegen und Island 2% des BIP sind), was sich in zu großen Gruppen, einer schlechten Fachkraft-Kind-Relation und einer niedrigen Betreuungsquote der Unter-3-jährigen Kinder ausdrückt.

Empfehlungen anhand des internationalen Vergleichs

Aus der im Dezember 2023 präsentierten internationalen PISA-Studie 2022 und ihren Vorgängerstudien leitet OECD Bildungsdirektor Schleicher die Empfehlung ab, besser in die Qualifikation, Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven der Lehrkräfte sowie in mehr "Kontaktstunden" (also Unterrichts- und Förderstunden) zu investieren als in kleinere Klassen und höhere Lehrer:innen-Gehälter. Wichtig sei, die Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie am meisten benötigt werden - also bspw. die besten Lehrkräfte in die herausforderndsten Klassen und das meiste Budget in sozial benachteiligte Schulen. Außerdem wird betont, dass Investitionen in Bildung umso wirksamer sind, je früher sie im Bildungsverlauf ansetzen.

Was kosten mutige Bildungsreformen?

Der Budgetdienst wird ersucht, Kosten für nachfolgende Bildungsreformmaßnahmen zu schätzen. Dabei stehen Maßnahmen im Vordergrund, die höhere Ausgaben und/oder große Umschichtungen mit sich bringen würden. Das sind vor allem Maßnahmen im Bereich Chancengleichheit, während Maßnahmen im Bereich Schulautonomie und Bürokratieabbau tendenziell kostenneutral sind. Die Maßnahmen sind nicht in Stein gemeißelt sondern so formuliert, dass sie ausreichend Anhaltspunkte für Berechnungen bzw. Schätzungen beinhalten. Gefragt sind die Kosten im Endausbau, die nötigen Zeiträume zur Verwirklichung wären unterschiedlich und von der Personalverfügbarkeit abhängig.

I) Reformmaßnahmen, bei denen größerer Ausgabenblöcke umgeschichtet werden

Ein oft festgestelltes Defizit des österreichischen Bildungssystems ist, dass Schulen wenig Gestaltungsspielräume und Autonomie haben. Dies betrifft insbesondere den Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen. Diese sind gesetzlich gebunden und/oder werden von den Schulbehörden kleinteilig zugeteilt. Der Direktor oder die Direktorin der einzelnen Schule hat im Pflichtschulbereich keinerlei bzw. Bundesschulbereich keinen nennenswerten finanziellen Mittel zur Verfügung. Er/sie ist somit „Manager:in ohne Mittel“ und hat wenig Gestaltungsspielraum.

Als ersten Schritt zu einer Ressourcen-Autonomie der Schulen wäre es denkbar, die „Pflicht“ im Schulbetrieb, nämlich den regulären Unterricht in den Pflichtfächern, weiter wie bisher zu verwalten, aber für die „Kür“, also alle Fördermaßnahmen flexibler zu gestalten, indem aus den vorhandenen Budgets ein Gesamtopf gebildet wird, der den Schulen nach Schüler:innenzahl zugeteilt wird. Die Schule kann dann im Rahmen dieses Gesamtopfs umschichten und Schwerpunkte bilden, sodass eine neue Flexibilität entsteht. Außerdem sollen diese schulautonomen Mittel ergänzt werden um einen sozialindexbasierten Chancenbonus, mit dem Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen zusätzliche Mittel bekommen (siehe weiter unten).

Dazu ist es notwendig, zu wissen, wie hoch die Budgetmittel für die Jahre 2019 – 2023 für die folgenden Maßnahmen waren und wieviel für diese im Budget 2024 veranschlagt ist:

- Schulbuchaktion
- Schulstartgeld
- Aktion Schulstartklar!
- Schulveranstaltungsfonds
- Sommerschule
- Förderstunden
- Wahlpflichtfächer
- Freifächer und unverbindliche Übungen
- Schulpsychologie
- Schulsozialarbeit
- Lehrer:innen-Weiterbildung
- 100 Schulen 1000 Chancen

Wie hoch wäre der zur Verfügung stehende Betrag pro Schüler:in, wenn alle diese Ausgaben zusammengeführt und den Schulen als **schulautonomes Budget** zugeteilt würden?

II) Reformmaßnahmen, die höhere Ausgaben mit sich bringen

1. Elementarpädagogik

- a. **Gehälter der Kindergarten- und Kleinkindpädagog:innen an jene der Lehrer:innen (pD-Schema) angleichen** (Annahme: durch einen Bundeszuschuss) um den Beruf auch bereits kurzfristig attraktiver zu machen und ausgebildete Pädagog:innen in den Beruf zurückzuholen. Das ist die Voraussetzung für sämtliche Ausbau- und Qualitätsverbesserungsmaßnahmen, die alle personalintensiv sind.
- b. **Gruppengröße im Kindergarten** (3-6jährige Kinder) österreichweit auf 15 senken¹
- c. **Gruppengröße in der Kleinkindbetreuung** (0-3jährige Kinder, je nach Bundesland Krippe, Krabbelstube, Kindertagesstätte oder Spielgruppe genannt) auf 8 Kinder senken

2. Kostenloses gesundes Mittagessen für alle Kinder in

- a. Kindergarten, Annahme: Kosten pro Mahlzeit 6 Euro
- b. Primarstufe (Volksschule, Sonderschule), Annahme: Kosten pro Mahlzeit 7 Euro
- c. Sekundarstufe 1 (Mittelschule, AHS-Unterstufe, Sonderschule). Annahme: Kosten pro Mahlzeit 8 Euro

3. Supportpersonal in den Schulen

- a. Alle Pflichtschulen mit mehr als 100 Schüler:innen mit folgenden Vor-Ort-Vollzeitkräften ausstatten: 1 Schulpsycholog:in, 1 Schulsozialarbeiter:in
- b. Jene Schulen mit mehr als 100 Schüler:innen, die im "Index der sozialen Benachteiligung" als "hoch" oder "sehr hoch" belastet eingestuft sind, mit folgenden Vor-Ort-Vollzeitkräften ausstatten: 1 Schulpsycholog:in, 1 Schulsozialarbeiter:in (zum Index vgl. <https://volksgruppen.orf.at/v2/diversitaet/stories/2896488/> und Nationaler Bildungsbericht)
- c. Alle Schulen mit mehr als 400 Schüler:innen mit 1 zusätzlichen Lehrkraft ausstatten, die sich als "Education Technologist" nach Vorbild Estlands auf digitale Didaktik spezialisiert.
- d. An Schulen mit mehr als 400 Schüler:innen Schulärzt:in abschaffen und im Gegenzug eine Vollzeitkraft für "Schulgesundheitspflege" (School Nurse) einstellen

4. Inklusion

- a. "Deckel" für Sonderpädagogischen Förderbedarf auf 5% der Pflichtschüler:innen anheben (Anm: derzeit 2,7%)

5. "Freie Wahl der Schule ohne Schulgeld": Privatschulen mit jenem Betrag pro Schüler:in finanzieren, der den Ausgaben der öffentlichen Hand pro Schüler:in an öffentlichen Schulen entspricht

- a. Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht
- b. Privatschulen mit gesetzlich geregelter Schularartbezeichnung, ohne jene mit Öffentlichkeitsrecht
- c. Privatschulen mit Organisationsstatut, ohne jene mit Öffentlichkeitsrecht

6. Lehrer:innen-Fortbildung ausbauen

- a. Ausgaben des Bundes für Lehrer:innen-Fortbildung auf Pro-Kopf-Budget umrechnen (um zukünftig vom Fortbildungsmonopol der Pädagogischen Hochschulen abzugehen und auch Fortbildung an Universitäten und bei privaten Anbietern zu ermöglichen)
- b. Umfang verpflichtender Fortbildung im neuen Dienstrecht verdoppeln (30 statt 15 Stunden pro Jahr)
- c. Verpflichtende Fortbildung im alten Dienstrecht einführen (30 Stunden pro Jahr)
- d. Teamwoche in den Ferien: Sommerferien für Lehrer:innen um 1 Woche verkürzen und Jahresgehälter aliquot erhöhen

¹ Die Umsetzung müsste via Finanzausgleich oder 15a-Vereinbarung erfolgen, da die Elementarpädagogik Ländersache ist. Aufgrund des Pädagog:innenmangels wäre eine Umsetzung nur in Form eines Stufenplans machbar, gefragt sind aber die Kosten im Endausbau.

**7. Arbeitsbedingungen der Lehrer:innen verbessern und Anreize für Vollzeitarbeit setzen
(Hintergrund: Lehrer:innen-Mangel)**

- a. Dienstlaptop und Diensthandy inkl. Vertrag für jede Lehrkraft mit voller Lehrverpflichtung
- b. Kostenloses Mittagessen (in Zusammenhang mit Punkt 2, siehe oben) für jede Lehrkraft mit voller Lehrverpflichtung

8. Schulmanagement und Karrieremöglichkeiten für Lehrer:innen

- a. Gehälter der **Schulleiter:innen** angleichen an jene der Schulqualitätsmanager:innen (Hintergrund: Direktor:innen-Mangel)
- b. In Schulen mit mehr als 15 Klassen ein "**Mittleres Management**" einrichten: 1 Führungskraft pro 10 Lehrer:innen, die für Führungsaufgaben zur Hälfte vom Unterricht freigestellt ist und 20% Gehaltszulage bekommt
- c. In Schulen und Schulclustern mit mehr als 15 Klassen **Expert:innen- Stellen** einrichten: 1 Expert:in pro 10 Lehrer:innen, die auf Basis von Zusatzqualifikationen besondere Aufgaben übernimmt und 20% Gehaltszulage bekommt
- d. **Sekretariatskraft** 5 Tage pro Woche vormittags an allen Pflichtschulen, zusätzlich auch nachmittags an Ganztagschulen und Schulen mit mehr als 15 Klassen.

9. Finanzielle Gleichstellung von Quereinsteiger:innen (Hintergrund: Lehrer:innen-Mangel)

- a. Quereinsteiger:innen im neuen Modell (seit Schuljahr 2023/24): Anrechnung aller Vordienstzeiten, die seit Abschluss des Erststudiums erbracht wurden – auch jener in der Privatwirtschaft
- b. Quereinsteiger:innen im alten Modell (Sondervertragslehrer:innen): Abschaffung der Gehaltsabschläge; Anrechnung aller Vordienstzeiten, die seit Abschluss des Erststudiums erbracht wurden – auch jener in der Privatwirtschaft
- c. Native Speaker Lehrer:innen: Anerkennung von Studienabschlüssen aus allen OECD-Ländern; Anrechnung aller Vordienstzeiten – auch jener, die im Ausland und/oder in der Privatwirtschaft erbracht wurden



(Doppelbauer)